



Biwöchentliches Abonnement für 12 Monate in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechsheligen Petit-Zeile 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 89. Morgen-Ausgabe.

Abonnements-Einladung.

Die unterzeichnete Expedition lädt zum Abonnement für den Monat März ergebnis ein.

Der Abonnements-Preis für diesen Zeitraum beträgt in Breslau 1 M. 75 Pf., bei Zustellung ins Haus 2 M. 15 Pf., auswärts incl. des Portozuschlages 2 M. 17 Pf., und nehmen alle Postanstalten Bestellungen hierauf entgegen.

Wochen-Abonnement, durch die Colporteurs frei ins Haus, 50 Pf.

Expedition der Breslauer Zeitung.

Thronrede.

Berlin, 21. Februar. Die Thronrede lautet:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Seine Majestät der Kaiser und König haben mich zu beauftragen geruht, den Landtag der Monarchie in Allerhöchst Ihrem Namen zu schließen. Die Session welche hiermit zu Ende geht, und die Legislaturperiode, welche in diesem Jahre abläuft, waren von dringenden Aufgaben der Gesetzgebung, namentlich im Zusammenhange und in Wechselwirkung mit den neuen Gestaltungen und Entwicklungen auf dem Boden der Gesetzgebung des Reiches, in Anspruch genommen. Die zahlreichen und schwierigen Ausführungs-Gesetze zur deutschen Gerichts-Verfassung sind durch die sorgfältige und umsichtige Behandlung, welche denselben in den Commissionen und in der Plenarberathung der beiden Häuser gewidmet worden ist, soweit zur Vereinbarung gelangt, daß es gelingen wird, die bedeutsame Reform, die umfassendste, welche auf dem Grunde der nationalen Gemeinschaft bisher ins Leben gerufen worden ist, innerhalb der preußischen Monarchie in allen ihren Theilen rechtzeitig zur Durchführung zu bringen.

Die mannsachen, unvermeidlichen Schwierigkeiten, mit welchen der Übergang in die neuen Verhältnisse für den Richterstand verknüpft ist, werden durch thunlichste Schonung und Rücksichtnahme, soweit möglich, überwunden oder gemildert werden.

Auch auf anderen Gebieten der Gesetzgebung sind erwünschte Erfolge erreicht worden. Unter allseitigem Entgegenkommen ist das Gesetz vereinbart worden, durch welches für die Heranbildung der höheren Verwaltungsbeamten wieder eine feste Grundlage gewonnen ist. Auch die Interessen der Landeskultur haben durch die Ergebnisse dieser Session eine dankenswerthe Förderung erfahren.

Bei den Berathungen des Staatshaushaltsetats, welche mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse eine erhöhte Sorgfalt in Anspruch genommen und gesunden haben, ist nicht bloß ein Einverständnis in Bezug auf die Deckung des unmittelbaren finanziellen Bedarfs erzielt, sondern auch vermöge des Einvernehmens über die leitenden Gesichtspunkte der preußischen Finanzpolitik in ihrem nothwendigen Zusammenhange mit dem Finanzwesen des Reichs der wünschenswerthen Verständigung auf dem Gebiete der Reichspolitik vorgearbeitet worden. Die Staatsregierung erblickt hierin ein günstiges Vorzeichen für die Erfüllung der Aufgaben wirtschaftlicher Reform, welche sie als eine der Bedingungen der geistlichen Entwicklung und Hebung der Volkswohlfahrt erkannt hat und für welche sie ihre volle Kraft auch im Reiche einzufügen entschlossen ist.

Indem ich den beiden Häusern des Landtages die Anerkennung Seiner Majestät des Kaisers und Königs für Ihre erfolgreiche Thätigkeit ausspreche, füge ich den Ausdruck der Hoffnung hinzu, daß die Staatsregierung demnächst auch für die weiteren Aufgaben der Befestigung und gesunden Entwicklung unserer Institutionen eine bereitwillige und vertrauensvolle Unterstützung in der Landesvertretung finden werde.

Im Allerhöchsten Auftrage Seiner Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich die Session des Landtages der Monarchie für geschlossen.

Die Realschule und das Studium der Medicin.

Die Frage, ob die Realschule 1. Ord. geeignet sei, für die Ausbildung der künftigen Mediciner, mit anderen Worten, ob den Realschulabiturienten das Recht eingeräumt werden könne, Medicin zu studiren und zu den Staatsprüfungen zugelassen zu werden, ist gegenwärtig eine brennende geworden. Im August vorigen Jahres, tagte in Berlin eine Commission, um einen Entwurf des Reichskanzleramtes über die Umgestaltung des ärztlichen Prüfungswesens zu begutachten. § 4 enthält die Bestimmung, daß zum Studium der Medicin das Reifezeugnis eines humanistischen Gymnasiums erforderlich ist; hierbei war die Frage angeregt worden, ob nicht ein Passus einschaffen sei „oder einer Realschule 1. Ord.“. Die Sachverständigen-Commission erkannte an, die Vorbereitung, welche das Gymnasium gegenwärtig gewähre, sei unzureichend, und wie verlautet, sind von den 17 Mitgliedern 9 den Realschulen günstig, 4 abgeneigt und 4 zweifelhaft gewesen. Eine Abstimmung über die Frage hat nicht stattgefunden, da der Regierungs-Commissar Geh. Rath Göppert erklärt, es solle in nächster Zeit eine Reform des Gymnasiums eintreten, welche der Mathematik und den Naturwissenschaften mehr Gelung verschaffe; die Commission begnügte sich die Resolution anzunehmen: „Indem die Commission vor ihr durch den Vertreter des preußischen Cultusministeriums mitgetheilten Absicht des letzteren, dem Unterricht in der Mathematik und in den Naturwissenschaften auf den preußischen Gymnasien in naher Zeit eine höhere Entwicklung zugeben, Kenntniß nimmt und in der Erwartung, daß diese Reform mindestens in dem geplanten Umfang möglichst bald in allen Bundesstaaten durchgeführt werde, stimmt dieselbe der Ziffer 1 von § 4 des preußischen Entwurfs bei.“ Charakteristisch erscheint, daß der Commissarius des Culsuministers kein Fachmann ist und da auch in der Commission ein solcher nicht vertreten war; so konnten sich die Sachverständigen mit dieser Versprechung beruhigen lassen. Wäre aber die Frage sachmäßig sofort beleuchtet worden, so würde die Commission vielleicht die Überzeugung gewonnen haben, daß eine kleine Reform des Gymnasiums den Klagen keine Abhilfe gewähren kann, und sie hätte vielleicht den beregneten Zusatz gemacht. So blieb die Frage in der Schwebe.

Auf Grund eingegangener Petitionen wurden die medicinischen Facultäten um Gutachten angegangen, der Cultusminister zog Er-

Sechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 22. Februar 1879.

kundigungen über den Erfolg der mathematischen und naturwissenschaftlichen Studien der Realschul-Abiturienten ein und legte neuerdings den ärztlichen Vereinen die Frage vor, ob die Realschule eine geeignete Vorbereitungsanstalt sei. Gleichzeitig gelangten Petitionen an das Abgeordnetenhaus, es möge seinen Einfluß dahin geltend machen, daß der Reichskanzler den Realschulen die besagte Berechtigung gewähre. Die Petitions-Commission (Referent Gymnasial-Director Hofmann, früher Stadtschulrat von Berlin) hat sich mit 12 gegen 2 Stimmen im Sinne der Petenten ausgesprochen. Das Plenum wird die Petition bei der jetzigen Geschäftslage kaum erledigen. Die nächste Sitzung würden die Erklärungen der ärztlichen Vereine bilden. Einige haben bereits Schritte gethan, theils gegen, theils für die Realschulen. Im Allgemeinen dürfen die Aerzte zunächst wenig Sympathien für die Realschulen haben.

Wenn wir die Frage in einer politischen Zeitung behandeln, so liegt der Grund einmal in der großen Bedeutung, welche die definitive Entscheidung für die Entwicklung des höheren Schulwesens hat; ist doch die Angelegenheit ein Stück Unterrichtsgesetz und muß maßgebend sein für die Richtung der höheren Schulen, ob sie wieder der Einheit zustreben sollen oder sich in eine Mehrheit, auf rationeller Theilung der Arbeit zuwendend, entwickeln sollen; zweitens aber haben andere Zeitschriften bereits die Frage erörtert und wir werden namentlich einer Polemik der „Schlesischen Zeitung“ vom 6. h. entgegen zu treten haben. Fangen wir hiermit an. Es ist wohl kein Zufall, daß die „Schles. Ztg.“ sich entschieden zu Ungunsten der Realschulen ausspricht; ist es doch ein beliebtes Schlagwort, man muß, um der verderblichen Zeitrichtung entgegenzutreten, um den wirtschaftlichen und socialen Missständen abzuhelfen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens die bisherigen falschen Bahnen verlassen, man muß zurückkehren zu den ewigen Quellen echter humarer Bildung, man muß die Gymnasien wieder zur allein berechtigten Schule erheben, die Realschulen 1. Ord., eine Zwitterbildung liberaler Zeitrichtung, in ihre alten Schranken aus den 30er Jahren zurückweisen; alle Gebildeten müssen aus dem fastalischen Quell der classischen Studien schöpfen &c. Dann wird, wenn noch manche andere Neuerung beseitigt wird, wieder Glückseligkeit, Zufriedenheit &c. &c. zurückkehren.

Doch zur Sache. Der Artikel, „die Zulassung der Realschul-Abiturienten zum Studium der Medicin“ (dass derselbe einen Mediciner zum Verfasser habe, brauchte nicht bemerk zu werden) enthält so viele falsche Darstellungen, so viel Unrichtigkeiten, daß hier unmöglich jeder Punkt besprochen werden kann. Falsch ist, daß die Frage nur durch die Realschuldirectoren, denen daran liege, ihren Abiturienten eine Laufbahn zu eröffnen, die ihnen bisher verschlossen war, in den Vordergrund gedrängt werde. Als wenn nicht die Klagen der medicinischen Facultäten über ungenügende Vorbildung der Studenten recht alten Datums wären! und hat Verf., der doch ein Arzt ist, nicht die Urtheile von Männern wie Prof. Hüter und Eulenburg-Greifswald, Tid-Würzburg, Pfeiffer-Weimar, Lebert &c., Medicinern von wissenschaftlicher Bedeutung, kennen gelernt? Sind diese auch durch Realschullehrer künstlich zu ihren feierlichen Ansichten gebracht worden? Falsch ist die Behauptung, die Realschul-Abiturienten, die durchschnittlich jünger seien, als die Gymnasial-Abiturienten, würden deshalb die Medicin überfliehen. Das soll doch wohl heißen, die Realschul-Abiturienten haben weniger zu lernen und sind darum unflüchtiger als die oberschlesischen oder ostpreußischen Gymnasien oder die der Realschulen Schleswig-Holsteins mehr als die der Rheinprovinz? Wie sehr es dem Verfasser darauf ankommt, die Aerzte mit einer Animosität gegen die Realschulen, die er offenbar gar nicht oder sehr wenig kennt, zu erfüllen, zeigt einerseits die Charakterisirung beider Anstalten: Gymnasium, — classische Bildung, Idealismus, geistige Weise, humanistische Geistesrichtung, — Realschule — „Schärfung der Sinne“, Verflachung des Studiums &c. — Wie billig sind die Gründe: „Haben nicht die Gymnasien tüchtige Naturforscher, Aerzte &c. gebildet? Ist der Aufschwung der Naturwissenschaften nicht gerade Männer mit humanistischer Bildung zu verdanken?“ Ja, mit solchen Gründen, aus denen der Schluss gezogen werden soll, also mögen die Gymnasien bleiben, wie sie sind oder waren, und mögen sie die einzige Vorbereitungsanstalt für alle Wissenschaften sein, kann man eben Alles beweisen. Wozu da Abiturienten-Examen? Früher wurde das Abiturienten-Examen nicht gefordert, wennemand studiren wollte, und es gab auch tüchtige Forscher, wozu also die Neuerung in diesem Jahrhundert? Das Privilegium der Gymnasien, durch das Abiturienten-Examen den Zugang zur Universität allein zu öffnen, datirt erst von 1834. Das sind die Jahrhunderte alten Privilegien! Da die Alten hatten gar keine Gymnasien, die mit den heutigen in Vergleich gestellt werden könnten und leisteten doch Vortreffliches. Wozu da die Reform der Gymnasien, die die Mediciner erwarten, und die verheißen wird, um die Forderungen der Freunde der Realschulen zum Schweigen zu bringen? Hat nicht das alte Gymnasium tüchtige Naturforscher &c. gebildet? Wozu die Reorganisation der Gewerbeschulen? Haben nicht tüchtige Ingenieure, Baumeister erklart ohne diese? Man sieht, wohin solche Vorderfälle führen. Der Hauptgrund, durch den die Aerzte zu einem für die Realschulen nachtheiligen Votum gebracht werden sollen, ist: Die Petenten (d. h. die Realschul-Directoren) sagen, die meisten Studenten eignen sich nur notdürftig die naturwissenschaftlichen Kenntnisse zum tentamen physicum an und die Folge sei, daß die Medicin später handwerksmäßig betrieben würde. Diese Wendung wird in der gehässigsten Weise zerstört und doch ereifert sich der Herr Verfasser unnötig. Die Petition des Duisburger Realschul-Curatoriums, die doch nur gemeint sein kann, ist von 3 Fabrikbesitzern, 1 Bankdirector, 1 Oberbürgermeister, 1 Realschuldirector unterschrieben, trägt aber auch die Unterschrift eines Aerztes, Dr. med. Weber in Duisburg. Dieser wird doch nicht ein Schriftstück unterschreiben, das der Würde des ärztlichen Standes so ins Gesicht schlägt, wie der Herr Verfasser meint, und was über die unzureichende Vorbildung der Studenten für das tent. phys. gesagt ist, ist nach den Aeußerungen von Pfeiffer, Tid. u. A., manchmal noch viel schärfere Wendungen brauchen, zusammengestellt.

Also auch hier wird den Realschullehrern zu viel aufgebürdet. Auf den Einwand, daß die Würde des Standes leiden müsse, wenn die Mediciner auf den Realschulen gebildet werden könnten, muß ich weiterhin noch einmal eingehen, hier waren nur so seichte Gründe zu erwähnen, daß sie einer besonderen Würdigung nicht bedürfen, um in ihrer wahren Absicht erkannt zu werden.

(Schluß folgt.)

Breslau, 21. Februar.

Heute Mittag 1 Uhr ist der preußische Landtag geschlossen worden, um dem Reichstag freien Raum zu gewähren. Die gestrige Sitzung des letzteren, welche heut fortgesetzt wird, war durch die Debatten über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag sehr bedeutungsvoll; es ist ein Genuß, die Rede Delbrück's zu lesen; man merkt aus jedem Saße, daß der Redner den Gegenstand vollkommen beherrscht. Ihm folgte Richter, welcher die neue Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers vor das Forum seiner Kritik zog. Daß der deutsch-österreichische Handelsvertrag vom Reichstage angenommen wird, ist keine Frage; der Reichstag befindet sich in dieser Beziehung in einer Notlage. Man hatte erwartet, daß Fürst Bismarck an der Debatte sich beteiligen würde, doch war derselbe nicht erschienen.

Die Entscheidung des Staatsministeriums über das Tabaksteuergesetz ist gestern noch nicht erfolgt, da die einzelnen Ministerien sich über diese wichtige Materie besondere Voten vorbehalten haben. Was den vom Finanzminister eingebrachten Entwurf anlangt, so zerfällt derselbe streng genommen in drei von einander abgesonderte Vorlagen: nämlich Gesetz, betreffend die Besteuerung des Tabaks nach Gewicht und zwar, wie von informirter Seite behauptet wird, von 70 Mark auf den Centner importirten Tabaks. Es wäre das der höchste Steuersatz, der in der Enquete-Commission in Rede stand, um bei dem für den inländischen fermentirten Tabak als Grundlage in Ansatz zu kommen. Sodann ein Gesetz, betreffend die Nachbesteuerung und endlich ein Gesetz, betreffend Einführung einer Lizenzsteuer für Alle, welche sich mit dem Vertriebe von Tabak oder Tabakfabrikaten befassen wollen. Diese Lizenzsteuer soll nicht eine feststehende sein, sondern sich nach dem Umsatz der resp. Gewerbetreibenden höher oder niedriger stellen.

Die Zolltarif-Commission hat in ihren seit Montag dieser Woche gehaltenen Sitzungen über mehrere Tarifpositionen von untergeordneter Bedeutung Beschuß gefaßt und wird noch eine Anzahl Positionen solcher Art im Laufe dieser Woche erledigen. In nächster Woche gedenkt die Commission sich über eine Reihe der wichtigsten Artikel zu entscheiden, nämlich über die Zölle auf Bier, Getreide und Eisen. Die Berathungen der Commission nehmen jetzt einen ununterbrochenen Fortgang. Wie wir hören, werden die Referenten einen Zoll von einer Mark für den Centner Roheisen und von anderthalb Mark für Stabeisen beantragen. Der Zolltarifcommission sind nunmehr die Motive für die Getreidezölle zugegangen.

Der Constitutionsentwurf, welcher der bulgarischen Notabelnversammlung vorgelegt werden soll, bestimmt, daß der Fürst die von der National-Versammlung votirten Gesetze bestätigen und bekanntgeben und den Oberbefehl der militärischen Streitkräfte führen soll. Er hat die Versammlung einmal im Jahr zu berufen; Zeit der Berufung und Dauer der Session wird von der Versammlung selber bestimmt. Es werden zweierlei Versammlungen existieren: eine gewöhnliche und eine große, nationale. Das Budget wird alljährlich der gewöhnlichen Versammlung unterbreitet. Der gesetzgebende Körper genießt volle Freiheit der Debatte. Die Staatskirche wird die orthodoxe, griechische sein, und nur der erste gewählte Fürst darf einer anderen Religion angehören. Die Prinzen, Prinzessinnen und der Thronerbe werden mit dem 18. Jahre mündig. Die Constitution bleibt nach ihrer Voitirung für fünf Jahre in Gültigkeit. Das Wappen des Fürstenthums wird ein gekrönter goldener Löwe auf rotem Felde sein.

Die Pforte hat Multtarif-Pascha Instructionen gesandt, welche das Maximum der Zugeständnisse enthalten, die er Griechenland machen kann. Wie das „Reuter'sche Bureau“ erfährt, willigt die Türkei ein, einen beträchtlichen Gebietstheil in Thessalien abzutreten, aber sie weigert sich, irgend einen Theil Albaniens aufzugeben, aus dem Grunde, daß ein Aufstand in dieser Provinz ausbrechen würde, wenn sie an Griechenland überginge.

In Italien haben sich, wie eine Römische Correspondenz der „A. S.“ versichert, die persönlichen Streitigkeiten auf der Liven wieder so in den Vordergrund gedrängt, daß die Einigung der liberalen Parteien für sehr compromittiert gilt. Als eine ihr selbst „unverständlich“ Nachricht fügt die Correspondenz noch hinzu, daß die (fortschrittliche) Commission, welche das Kriegsbudget berieh, beschlossen hat, die Forderungen des Kriegsministers (90 Millionen) der Mehrzahl nach zu zugesetzen, aber unter der Bedingung, daß die Mahlsteuer trotz allem völlig aufgehoben werde.

In Bezug auf den mehrfach erwähnten Congress der sogenannten katholisch-conservativen Partei bringen die päpstlichen Organe unter dem 15. d. Folgenden: „Einige italienische Zeitungen berichten von einem Congress, der in Rom von der sogenannten katholisch-conservativen Partei zusammenberufen werden soll, um darüber zu berathen, ob die Katholiken an den politischen Wahlen sich zu beteiligen haben. Welche Bewandtniß es nun auch mit diesem Congresse habe, von dem nichts zu unserer Kenntniß gelangt ist, so finden wir doch, daß man den guten Glauben des Publikums mißbraucht, wenn man die Nachricht verbreitet, die persönlichen Ideen derjenigen, welche den Congress zusammenberufen, würden von der höchsten Autorität getheilt.“ Der Graf Di Masino hat von seinem Vorhaben dem Papste also noch keine Mittheilung gemacht, und dieser hat eine solche Rücksichtlosigkeit übernommen.

Der bereits erwähnte Brief, den Cardinal Nina an die des Exequatur entbehrenden Erzbischöfe und Bischöfe geschrieben hat, lautet:

„Ehrwürdigster Herr! Der unterzeichnete Cardinal-Staatssekretär steht Ew. Hochwürden zur Nachachtung mit, daß der heilige Vater in Abbruch der ungünstlichen Umstände des heiligen Stuhles die Verwaltung der Paläste von dem Gewicht der Zahlungen und Anweisungen hat entlasten müssen, welche den bedürftigen Bischöfen bisher geleistet wurden. Zu dem Zweck hat er angeordnet, daß die bezüglichen Anweisungen, welche die Bischöfe an die hiesige Rechnungskammer persönlich überreichten, vom 1. Februar ab nicht mehr honoriert werden. Da er übrigens in seiner allerhöchsten Sorgfalt die trostlosen Bedingungen nicht vergessen kann, in denen einige Diözesen besonders in Italien, sich befinden, übernimmt er die Sorge, denselben zu Hilfe zu kommen, je nach Maßgabe der vorhandenen Mittel und auf Gesuch der betreffenden Ordinarien.“

Die Gehälter, um die es sich handelt, betragen für die Bischöfe 500, für die Erzbischöfe 700 Fr. monatlich. Auch sind die Römischen Canonici und Vicarini jeder Art, zum Theil an sich recht mager gestellt, zu erneuerter Opfer für den päpstlichen Stuhl herangezogen worden.

In Frankreich bricht sich immer mehr der Wunsch nach einem entschiedeneren Vorgehen der Regierung gegenüber den Radikalen Bahn. Einig in diesem Wunsche sind namentlich die der Regierung nahestehenden Abendblätter, wie der „Temps“, der „National“ und der „Soir“; am entschiedensten aber spricht sich merkwürdiger Weise der „National“ aus, dessen Chefredakteur Possal für den intimsten Freund des Ministers des Innern, Herrn de Marcere, gilt. Dieses Blatt schreibt nämlich:

„Es ist indessen nothwendig, daß man ein für allemal erfährt, ob eine Regierung existiert und ob, ja oder nein, diese Regierung die Majorität in der Kammer besitzt. Wichtige Fragen sind zu lösen und nicht durch Umgehung derselben, sondern durch entschiedenes Auftreten kann die Regierung sich darüber Gewissheit verschaffen, inwieweit sie auf die Unterstützung der Deputierten rechnen darf. Nur indem sie mit Entschiedenheit und ohne Schwäche die brennenden Fragen stellt, wird es ihr gelingen, eine wirkliche und feste ministerielle Majorität zu bilden. Die Radikalen werden die Regierung niemals genügend förmlich finden, und andererseits werdet ihr die Gemäßigten bereits Schwächen vor, die ihr Misstrauen hervorrufen. Wenn die Regierung in Betreff des Amnestie-Gesetzes noch ein weiteres Zugeständniß machen sollte, so würde sie bedeutend das Maß überschritten haben von dem, was die öffentliche Meinung in Frankreich und Europa vertragen kann. Es ist ebenfalls durchaus nothwendig, daß sie dem durch die verschiedenen Unterforschungs-Commissionen über die Polizei-Präfectur hervorgerufenen Scandal ein Ende macht, damit nicht diese trok gemütheten Kritiken einzige Schutzwaffe der öffentlichen Sicherheit vollständig desorganisiert werde. Aber, wird man sagen, wenn das Ministerium einen festen Willen zeigt und Widerstand leistet, sieht es sich der Gefahr aus, gefürzt zu werden. Ganz richtig. Wir erkennen an, daß, wenn die Rechten mit den äußersten Linken stimmen, das Cabinet in die Minorität kommen kann. Dann wird das Ministerium der Gemäßigten abtreten und Anderen Platz machen, die sich im Stande glauben, eine Majorität zu erlangen. Aber die Regierung wird dann wenigstens nicht die Verantwortlichkeit für Maßregeln acceptiren, die sie im Herzen mißbilligt, wird nicht zu der Desorganisation der öffentlichen Gewalten beigetragen haben und nicht ihr Programm, d. h. das Programm des republikanischen und conservativen Frankreichs einer chimären Union aller Linken geopfert haben.“

In England sind dieser Tage durch den Führer des Unterhauses, Sir Stafford Northcote, zwei Gerüchte zu Grabe getragen worden, die in den letzten Wochen viel von sich reden gemacht und nie ganz zu spulen aufgehört hatten, die Gerüchte nämlich, daß die Regierung eine irische Universitäts-Bill einbringen und den Herzog von Connaught zum ständigen Vice-König von Irland ernennen wolle. Beide Fragen standen übrigens in näherem Zusammenhang als man gewöhnlich glaubte. Hatten nämlich die irischen Prälaten in der Universitätsfrage sich entgegenkommender gezeigt, dann wäre wohl auch die erwähnte Ernennung hinterdrein erfolgt. So aber möchte man nicht gern einen Prinzipal des königlichen Hauses mit einem Amte beschweren, das für den Augenblick reicher an Dornen als an Rosen sein würde. Inzwischen hat auch die Regierung zwei ihrer angestridigten heimischen Reformmaßregeln eingeführt: im Oberhause eine Reform des Bankrottesgesetzes, im Unterhause eine Reihe von Vorschlägen bezüglich der Geschäftseintheilung des Hauses, vermittelst derer einer absichtlichen Versöhnung des Geschäftsganges vorgebeugt werden soll. Da dadurch Privatmitglieder in der Freiheit, möglichst oft und lange zu reden, beschränkt werden würden, so wird sich voraussichtlich gegen die Regierungsvorlage ein lebhafter Widerstand erheben, wogegen die vorgeschlagenen Änderungen des Bankrottesgesetzes, die sich dem Gutachten des dafür niedergesetzten Ausschusses anschließen, ohne nennenswerthe Opposition beider Häuser genehmigt werden dürfen.

In Peru ist die Criminal-Untersuchung über den an Manuel Pardo verübten Mord zu einem vorläufigen Abschluß gelangt, dessen Ergebnis folgendes ist: An der Spitze der Verschwörung stand ein Advocat, Dr. Ampuero, welcher, wie verlautet, der Partei Pierola's angehört; hinter seinem Namen verborgen sich unzweifelhaft andere, in den höchsten Schichten der Gesellschaft verlebende Persönlichkeiten, über deren Theilnahme, Einwirkung und Leitung Ampuero bisher noch keine weiteren Aussagen hat machen wollen. Vermittelst eines in seiner Nachbarschaft wohnenden Schneiders Poita erlauftete er sich die Hilfe mehrerer Unteroffiziere des Bataillons Piabuca, welche dann die Verabredung trafen, das Corps zu offenem Aufruhr zu bringen und Pardo zu ermorden. Nachdem sie unter sich einen feierlichen Eid geschworen, Niemandem ihre ruchlosen Anschläge zu verraten, begaben sie sich auf eine Kleewiese vor einem Thore Limas und warfen das Loos, wer den Mord vollziehen solle. Montoya, der Neffe Poita's, war der Auslosene, welcher dann sein Wort am 16. November einlöste. Unter großer Spannung wird die Untersuchung fortgeführt.

Was die Parteikämpfe betrifft, ohne die eine südamerikanische Republik nun einmal nicht leben kann und welche auch in Peru jetzt noch fortduern, so hält namentlich Pierola's verblendeter Ehrgeiz unablässig das Land und die Regierung in Atem und zwingt letztere, eine unverhältnismäßig große Kriegsmacht, deren Kosten auf 13 Millionen Soles jährlich veranschlagt werden, in voller Rüstung zu lassen. Sollte auch Pierola, was kaum wahrscheinlich, die Ausführung seiner Pläne bis zum October, wo wiederum die Präsidentenwahl bevorsteht, vertagen, so werden doch Wahlstürme und Vor-

bereitungen Aufregung in weite Kreise tragen. Über die Kandidaten, welche die verschiedenen Parteien aufstellen, verlautet nur wenig; Held der Ultramontanen ist Pierola; die Nationalen, heißt es, wollen den General La Cota auf den Schild heben; die Civilisten haben in Manuel Pardo ihr allseitig anerkanntes Haupt verloren; als ihr fähigster Kopf gilt Dr. Rosas, Arzt seines Zeichens, durch lange Theilnahme am politischen Leben tief eingeweiht in die Staatsgeschäfte und geschätzt als ehrlicher Charakter. Gegenwärtig gehen die öffentlichen Angelegenheiten unter dem Einfluß der Vereinigung der Parteien ihren ruhigen Weg weiter. — Einer besonderen Huld erfreuen sich beim Präsidenten Prado die Jesuiten, denen er kräftig den Weg zu den Unterrichts-Anstalten bahnt; seine drei Söhne werden ebenfalls von den Vätern der Gesellschaft Jesu erogen.

in der morgigen Sitzung erscheinen und das Wort ergreifen werde. — Oberpräsident Dr. Achenbach hat vorgestern noch eine Audienz beim Kaiser gehabt, in welcher ihm der Monarch seine definitive Ernennung zum Nachfolger des Herrn von Jagow mittheilt, und ist dann Abends nach Danzig abgereist, um dort seine Übersiedlung nach Potsdam vorzubereiten. Der Kaiser hat persönlich den Wunsch seines früheren Handelsministers, der freilich noch lieber nach Münster zur Leitung seiner heimatlichen Provinz Westfalen befohlen worden wäre, aufs Lebhafteste unterstützt. Als er bei der letzten Hoffstlichkeit sich über eine halbe Stunde lang mit Herrn Achenbach angereglicht unterhielt, wollte man schon mit Bestimmtheit behaupten, daß dieser zum Oberpräsidenten von Brandenburg designirt sei. Thatsache ist, daß der Monarch die Arbeitskraft, Intelligenz und den klarverständlichen Vortrag seines früheren Handelsministers immer sehr gerühmt hat. — Die süddeutschen Holzhändler haben bekanntlich früher die angebliche Bevorzugung, welche ausländisches Holz auf deutschen Bahnen in Folge der Differentialtarife genoss, energisch bekämpft, jetzt erklären sie sich aber ebenso entschieden gegen Eingangsölle auf Holz und haben in diesem Sinne eine vom 18. d. Mts. datirte Gingabe an das Reichskanzleramt gerichtet, welche heute an die Zolltarif-Commission überwiesen worden ist. Die Petenten weisen nach, daß Deutschland, wie die meisten Culturländer, seit Jahren mehr Nutzholz ein- als aufgeführte. Nach den offiziellen Angaben betrug im Jahre 1877 die Einfuhr 67½ Millionen Centner, wogegen die Ausfuhr sich nur auf 23 Millionen belief; wir hatten mithin einen 44½ Millionen größeren Verbrauch als unsere eigene Production betrug. Rechnet man zu diesen offiziellen Zahlen die Einfuhr von rohem Nutzholz auf Nebenwegen längs der ganzen österreichischen Grenze nach deutschen Sägewerken, die wie ein Gürtel an dieser Grenze gelegen sind, so dürfte sich die Gesamteinfuhr noch bedeutend höher stellen. Ein Eingangsölle auf fremdes Holz würde in erster Linie sämmtliche Sägewerke, die auf außerdeutsche Zufuhr angewiesen sind, und das fremde Holz zum großen Theile in verarbeitetem Zustande wieder ausführen, schwer schädigen und den deutschen Zwischenhandel geradezu vernichten, da das ausländische Holz andere Wege aufsuchen würde, selbstverständlich zum großen Schaden des deutschen Eisenbahnwesens und der deutschen Seeschiffahrt. Die Petenten meinen schließlich, ihren früheren Beschwerden sei durch theilweise Beseitigung der Differentialtarife schon einige Abhilfe geschaffen. Hebe man diese Tarife vollständig auf, wie ja an hoher Stelle beachtigt sei, so werde deutsches Nutzholz immerhin einen Schutz genießen, der bei der bekannten besseren Qualität desselben vollkommen ausreiche. — Durch die heutige Abstimmung im Abgeordnetenhaus zu Gunsten des Careers ist, wie man glaubt, das Universitätsgesetz gereitet. Das Herrenhaus wird dasselbe jetzt en bloc annehmen, unbeschadet des gestrichenen Verbotes der Theilnahme an Vereinen. — Das kaiserliche Patentamt erläßt eine Bekanntmachung unter dem 18. d. Mts., in welcher die Patentinhaber aufgefordert werden, die Zahlungsfristen der Patentgebühren genau zu beachten. Diese Fristen werden in Zukunft in dem Schreiben bezeichnet werden, durch welches der Beschluß über die Erteilung eines Patents dem Nachsuchenden mitgetheilt wird. In diesem Schreiben wird von jetzt ab ausdrücklich darauf hingewiesen, daß an die rechtzeitige Zahlung der Patentgebühren nicht erinnert wird und daß die Folgen einer Versäumung nicht rückgängig gemacht werden können. — Wie wir hören, hat Graf Noxon die letzte Nacht vorzüglich geschlafen und erklärte heute Morgen die ihn behandelnden Aerzte, daß, wenn nicht ganz besondere Zufälligkeiten eintreten sollten, jegliche Gefahr als beseitigt anzusehen sei. Der Kaiser läßt täglich Nachrichten über das Befinden des Patienten einfordern. — Die Besorgniß der nach Leipzig kommenden Mitglieder und Anwälte des Reichsgerichts, daß für sie geeignete Wohnungen in ausreichender Anzahl nicht vorhanden sein werden, entkräftet ein von dem Leipziger Oberbürgermeister Dr. Georgi an das Reichsjustizamt gerichtetes Verzeichnis des gegenwärtigen Wohnungsstandes. Die betreffenden Wohnungen sind von Mitgliedern der „Gemeinnützigen Gesellschaft“ in Leipzig bereits einer Besichtigung unterzogen worden und belaufen sich auf 156, und zwar 117 im Preise von 1500 bis 2400 Mark und 39 im Preise von 1350 bis 1500 Mark und bis über 2400 Mark hinaus.

■ Berlin, 20. Febr. [Fürst Bismarck. — Oberpräsident Dr. Achenbach. — Zoll auf Holz. — Das Universitätsgesetz. — Zahlungsfristen für Patentgebühren. — Graf Noxon. — Wohnungen für Mitglieder und Anwälte des Reichsgerichts.] Fürst Bismarck hatte erwartet, daß schon gestern die Berathung über den Handelsvertrag mit Österreich-Ungarn, die als zweiter Gegenstand auf der Tagesordnung des Reichstags stand, ihren Anfang nehmen würde, und war deshalb zu Wagen zum Reichstage gekommen, um indes nach kurzem Aufenthalt im Bundesratszimmer nach Hause zurückzufahren. Um so bemerkenswerther erschien es, daß derselbe bei den heutigen hochinteressanten Verhandlungen nicht erschien war. Unfehlbar hätten ihm die äußerst sachlichen Erörterungen des Abg. Delbrück und die einschneidende Rede des Abg. Richter, der die neuere Handelspolitik des Reichskanzlers in ihrem ganzen Umsange verurtheilte, reichen Stoff zur Erwiderung und näheren Darlegung seiner handelspolitischen Ziele gegeben. Im Hause cursterte heute das Gericht, daß Fürst Bismarck

von ihm: „Ewig schade, daß der nicht studirt hat, der hat was im Kopf!“ „Haben die Apostel studirt?“ fragte er. „Wem's angeboren ist, was braucht denn der noch zu studiren! Geht Ach, was ich das nächstmal thue!“

Mit dem Nächstenmale meinte er das neue Leben, wenn er wieder auf die Welt käme, denn es erging ihm, wie es allen Optimisten ergeht, sein Wunsch war ihm zum Glauben geworden.

Einer Bettlerin Kind war der lang' Toni gemessen, hatte sich durch vierzig lange Jahre herausgedarbt und herausgelitten bis zum Bauern-Schneidergesellen, der länger auf der Wanderschaft ist als in der Arbeit, und dessen Ideal in einer „schönen Leich“ besteht, als ob das Sterben nur so eine Art Jubiläum wäre, das Feder, der seine Sach' ehrliech durchgemacht, etwa von siebzig zu siebzig Jahren, einmal das Recht hat, zu begehen. Und in diesem Manne die Sehnsucht nach Wiederholung seines Lebens. Wie gefällt euch, ihr sauerköpfischen Weltverbünden, diese Philosophie? — Der ganze lang' Toni wird nicht wahr sein, meint ihr? Oh, der ist wahr bis auf den letzten Zoll, der arme Kerl war voll Lebenslust bis in die Fingerpitzen hinaus, so daß es selbst für Andere eine Lust war, seinem flinken Nähen zuzusehen. Der Mann ist wahr bis in die Zehenspitzen hinab, mit denen er seine Beine hüpft und hopft, als wäre die Erde ein Tanzboden. Der lang' Toni ist wahr bis in die Spalte seiner Zunge hinaus, mit der er unablässig heitere Lieder sang, fröhliche Sprüche wußte, lustige Schwänke zum Besten gab. Noch mehr, der Mann ist naturwahr, er ist eine Type des Menschen, der — er mag euch tausendmal zum Leide geboren sein — der Lust zustrebt. Drausen in den Dörfern, auf den Bergen, in den Wäldern findet ihr die Wesen, die sich nicht genug laben können, deren Klage auf dem Todtentbett immer wieder lautet: „Ah, muß ich fort von dieser schönen Welt!“ die in ihrem achtzigsten Jahre von Neuem wieder anfangen möchten. Und ich meine, es wird wohl auch in der Stadt solche geben, sonst müßte man ja die Städte vom Erdboden vertilgen, als die giftigen Nester einer Menschenart, die nicht leben kann und nicht sterben will.

„Gi, geh“, würde mir mein langer Geselle in die Rede fallen, die Städter können ganz curios leben! Da gibt es Leute dabei, die in einem Monat mehr Geld für Vergnügungen ausgeben, als

mancher Kohlenbrenner im Wald sein Leben lang in die Hand kriegt. Ja, das glaub' ich! aber langweilen thun sich solche Leut', das ist Schad!“

Er hat nämlich ein loses Maul gehabt, der lang' Toni.

„Ein Mittel würde ich schon, daß Du als Bübel hinter Deinem Sarg dreinslaufen könntest“, sagte ich ihm einmal, „heirathen.“ „Narr!“ rief er, „da lauft ja das Weib hinterdrein und sucht sich unter den Leidtragenden den Zweiten.“

„Und meinst nicht, daß auch ein kleiner Bub' da sein kann?“

„Ein halb Dutzend können da sein, und Mädeln auch so viel, das sag' ich Dir! — Aber halt eine Sach' ist zu bedenken. — Ich weiß nämlich nur Eine, die ich möcht.“

„Eine ist ja genug.“

„Ganz gewiß auch. Aber nehmen will sie mich nicht. Für Einen, sagt sie, wär ich ihr zu lang und für Zwei zu kurz. So soppst sie mich.“

Ich war damals schlecht genug, darauf zu entgegnen: „So soppst Du sie auch!“ Worauf er mir in's Ohr flüsterte: „Sie laßt sich aber nicht soppen.“

Seine Angebetete war eine schöne Wirthstochter zu Mürrzuschlag — „die ehr- und tugendsame Jungfrau im Land“ —, wie er sie in Anwendung alter Leseart gerne bezeichnete.

Sonst soll ihm seine Mutter gesagt haben, ein Handwerk müsse er lernen, damit er einstmals einen Haushalt gründen könne. Und jetzt war ihm just dieses Handwerk im Wege, denn „keinen Schneider nimmt sie nit.“

„Deswegen“, sagte dann der lang' Toni schwermüthig, „wenn ich noch einmal auf die Welt komm', kein Schneider werd' ich nimmer.“

„Wirst es aber vergessen haben, mein lieber Toni,“ entgegnete ich in pathetischem Ernst der Weisheit, „wirst es vergessen haben, daß Du schon einmal einen Schneider gewesen bist und daß Dir der Stand nicht gefallen hat!“

„Desweg sag' ich ja, daß sie mir ein Sacktuch mit in die Truhe geben sollen. Siehst Du!“ Und er zog sein Tuch aus dem Sack, „schon jetzt mach' ich einen Knopf drin, daß ich nicht vergeß' darauf.“

„Und was willst Du nächter werden?“

„Ein reicher Stadtherr, der nichts, als wie gut essen und trinken,

den Reichs-Telegraphenanstalten vorgelommenen Veränderungen giebt als neu eingerichtete Anstalten 147 an, von welchen 42 Fernsprecher erhalten. Wieder eröffnet wurde eine Anstalt, geschlossen wurden 11. Sonstige Veränderungen sind vier zu verzeichnen. Seit dem 15. Februar dieses Jahres sind 22 neue Anstalten dem Betrieb übergegangen, von welchen vier mit Fernsprechern versehen sind.

[Die Erledigung der Petition wegen Fortbestand der Klosterlichen Erziehungs-Anstalten der Franziskanerinnen in Nonnenwerth und der Ursulinerinnen in Ahrweiler.] Die hierüber von der „Germania“ gebrachten und von uns reproduzierten Mittheilungen sind in einem wesentlichen Punkte unrichtig. Die „Post“ bringt heute den auf diese Immediat-Eingabe von dem Minister der geistlichen u. Angelegenheiten unterm 12. d. ertheilten Bescheid. Derselbe lautet:

„Des Kaisers und Königs Majestät haben die Immediat-Berstellung vom 29. d. M. in welcher Ew. Wohlgeboren im Verein mit einer größeren Zahl rheinischer und westfälischer Damen die Allerhöchste Intervention für den Fortbestand der von Franziskanerinnen und Ursulinerinnen geleiteten Erziehungsanstalten auf der Insel Nonnenwerth und in Ahrweiler anzuordnen, an mich abgeben zu lassen geruht. Der gleichzeitig getroffenen Allerhöchsten Bestimmung gemäß benachrichtige ich Ew. Wohlgeboren, daß der in Ihrer Eingabe vorgetragenen Bitte, den Fortbestand der beiden Anstalten durch Veranlassung einer Abänderung des Gesetzes vom 31. Mai 1875 zu gewähren, eine Folge nicht zu geben ist, daß jedoch das, was auf Grund jenes Gesetzes zur Fortsetzung der Lehrthätigkeit einzelner Mitglieder der genannten Genossenschaften geschehen kann, schleunigst und mit sorgfältigster Erwagung aller dabei in Betracht kommenden Verhältnisse in die Wege geleitet werden wird.“

Indem ich Ew. Wohlgeboren ersuche, den Mitunterzeichnern des Immediatgesuches von der Allerhöchsten Entscheidung Kenntnis zu geben, bemerke ich, daß wegen weiterer Regelung der Angelegenheit das Erforderliche von mir veranlaßt werden ist. (gez.) Falk.“

[Richter-Ernenntungen.] Noch vor dem 1. April werden, wie die „Dr. Btg.“ melden zu können glaubt, die Ernenntungen der Richter publicirt werden. Der größte Andrang um Richterstellen ist bei den künftigen Oberlandesgerichten Frankfurt a. M. und Kassel, und beim Landgericht Wiesbaden, wo die Annmeldungen sich auf 400 bis 500 belaufen sollen. Bei der Justizorganisation wird es sich auch nicht vermeiden lassen, daß eine Anzahl von jüngsten Kreisgerichts-Direktoren zu Amtsrichtern ernannt werden wird.

[Das Altesten-Collegium der Berliner Kaufmannschaft] hat am Mittwoch nach genommener Einsicht in den Bericht über die Verhandlungen der am 8. Februar 1879 zu Berlin abgehaltenen Conferenz von Delegirten einzelner Handelskammern folgenden Beschluss gefaßt: „In Erwägung, daß das Collegium im Jahresbericht für 1877 seinen Standpunkt in der Frage der Handels- und Zollpolitik dahin gekennzeichnet hat, daß es eine grundsätzliche Abweisung von der bisherigen Handelspolitik des Deutschen Reiches nicht für ratsam hält, weil eine solche nicht ohne Störung der nationalen Arbeit, nicht ohne Gefährdung wichtiger Handelsbeziehungen vor sich gehen kann, daß es aber Änderungen des Zolltarifs im Einzelnen, welche theils von sorgfältigen Untersuchungen über die tatsächliche Lage einzelner Industriezweige, theils von dem anzustrebenden billigeren Gegenleistung-Verhältnisse zu anderen Staaten abhängen, nicht von der Hand weiß; daß als das Wesentliche in der „bisherigen Handelspolitik des Deutschen Reiches“ die in continuierlicher Entwicklung von Entstehung des Zollvereins an bis in die neueste Zeit erstrekte freie und ungehemmte Bewegung der Güter in dem in der Delegirten-Conferenz näher dargelegten Sinne zu verstehen ist, und daß die Grundprincipien des Zollgesetzes vom 1. Juli 1869: „die aus dem Vereins-Auslande eingehenden Gegenstände sind der Regel nach zollfrei; bei der Ausfuhr gilt ebenfalls die Zollfreiheit als Regel; von der Durchfuhr werden Abgaben nicht erhoben“, durchaus nicht gewillkürige Sagungen sind, vielmehr grundlegende Normen, welche durch die mühevolle Arbeit zweier Generationen als die Frucht eingehender Studien und tiefer Kenntniß aller einschlagenden Verhältnisse gewonnen worden sind, daß, falls einzelne Industriezweige eines vermehrten Schutzes bedürfen, die Erhöhung beziehentlich Einführung von Eingangszzölle sich lediglich auf diese Industriezweige zu beschränken hat, daß aber die inländische Gewerbsamkeit im Allgemeinen, wie in ihren einzelnen Branchen durch die Umkehr zu dem Prinzip der Zollpflichtigkeit aller über die Grenze eingehenden Gegenstände schwer geschädigt werden würde; daß es daher als eine bedeutsame Aufgabe der Handelskammern erscheint — ganz abgesehen von der Frage einer Besteuerung zur Erreichung finanzieller Zwecke — an der Hand der Thatsachen zu untersuchen: a. ob und welche einzelnen Industriezweige etwa eines erhöhten Zollschutzes bedürfen, b. insonderheit welche Industriezweige, in welcher Art und in welchem Umfang, durch eine wesentliche Umgestaltung des Zolltarifs nach der Richtung des Princips der Zollpflichtigkeit aller über die Grenze eingehenden Gegenstände leiden würden; die Sachverständigen-Commission für gewerbliche Angelegenheiten — bis zu deren Constitutionierung aber die in diese Commission delegirten Mitglieder des Altesten-Collegiums — zu beauftragen: 1) das Material bezüglich der vorstehend zu a u. b bezeichneten Fragen, infowieweit ihr dasselbe nicht für die zu subrenden Untersuchung bereits zu Gebote steht, durch Vermehrung von Sachkundigen aus den einzelnen Industriezweigen, sei es einzeln oder gruppenweise, oder auf eine andere ihr geeignet erscheinende Weise zu beschaffen; 2) die aus diesen Mittheilungen gewonnenen Ergebnisse zusammenzustellen, um sofort den Altesten nach Erlass der für den Reichstag zu erwartenden Vorlagen Bericht zu erstatten.“

Königsberg, 19. Februar. [Auswesungen.] Außer vier jungen Russen ist ein älterer Mann, ein polnischer Jude, der ebenfalls längere Zeit, als „politischer Umtreiber“ verdächtig, in gerichtlicher Untersuchungshaft gewesen, mittels Schiffes ins Ausland befördert worden.

Sonderburg, 14. Februar. [Dank-Adresse.] An den Kaiser

spazierfahren, seine Cigarren rauchen und auf dem Federbett liegen kann.“

„Da wär's wohl Schad' um den Knopf“, meinte ich.

„Und was wirst Du werden?“ fragte er.

„Es ist nur das, Toni“, antwortete ich, „daß doch keine rechte Gewissheit ist, ob wir noch einmal auf die Welt kommen. Wenn's sollt' sein und ich hab' die Wahl, so komm' ich als ein recht armes Kleinhäuslerkind auf die Welt. Bleib' ich's, nun, so kann ich nichts verlieren. Vielleicht aber richte ich mir's so ein, daß ich mit sieben Jahren ein gesunder Bauernbub, mit zwanzig Jahren ein sauberer Almbursch, mit zweihundzwanzig Jahren ein frischer Soldat, mit fünfhundzwanzig Jahren ein lustiger Student, mit fünfunddreißig Jahren ein herlebiger Stadtherr, mit vierzig Jahren ein berühmter Staatsmann und mit fünfundvierzig Jahren ein Baron bin. Auf solchem Wege fäuft man nicht ein und hat den meisten Spaß. Bin ich anfangs schon hoch oben und bleib' sitzen, so wird Einem das Ding langweilig. Und trifft's zu, daß man gar niederwärts steigen muß, nachher ist's des Teufels. Desweg sag' ich allemal, Toni, lieber herunter anfangen, als oben.“

„Du denfst ganz gescheidt“, sagte der Toni, „ganz gescheidt denfst. Und jetzt möcht' ich Dich nur fragen, ob dies auch so ist, ich hab' so Augenblicke, wo es mir vorkommt, als ob ich schon einmal auf der Welt gewesen wäre.“

„Du“, entgegnete ich und ließ die Nadel ruhen, „mit kommt's auch bisweilen so vor. Das ist merkwürdig!“

„Wenn man nur wüßte, was man gewesen ist. Ich muß in einem Land gewohnt haben, wo die Sacktächer nicht Brauch sind, sonst hätte ich sicherlich —“

„Geh, geh mit Deinem Knopf! Das ist ein Spaß für Einmal, dann läßt gut sein. Wenn ich so nachsinn' über die Sach' von wegen ehemals, und es zu zukt mitunter so ein Licht'l auf — grad' so, wie ein Licht'l möcht' ich sagen — so deucht' mich, ich bin derselbst Tropf gewesen, wie jetzt.“

„Meinst? Ja, nachher ist's vielleicht doch so, daß wir als kleiner Bub' mit unserer Leich' trennen.“

„Ja, Du Toni, was glaubst denn! Wenn das alleweil so fortginge, wann käme so ein armer Schneider hernach in den Himmel?“

ist vom hiesigen Magistrat das nachstehende Dankschreiben abgesandt worden:

„Ew. Majestät haben durch die Aufhebung des Artikels V des Friedensvertrages den inneren Frieden in Nordschleswig wieder hergestellt. Für diese förmliche Gabe danken Ew. Majestät in tieffester Erfurde alle Nordschleswiger, welche durch den Eintritt gesicherter und unantastbarer Zustände von einem Drude bereit worden sind, der auf allen Verhältnissen des öffentlichen und privaten Lebens lastet und die Bevölkerung die ersehnte Ruhe nicht finden ließ. Wir dürfen es bezeugen, daß bei dem weitaus größten Theile der nordschleswischen Bevölkerung, ohne Unterschied der politischen Gesinnung, seit lange der lebhafte Wunsch nach Beendigung der bisherigen Unsicherheit bestand, und wir gratulieren hierauf die feste Überzeugung, daß fortan auch Nordschleswig unter Ew. Majestät glücklich, gerechten und milden Scepter sich glücklich und zufrieden fühlen werde. Gott beschütze und erhalte noch lange Ew. kaiserliche und königliche Majestät!“

Bonn, 19. Febr. [Das Urtheil zweiter Instanz in dem Prozeß der „Deutschen Vereins-Correspondenz.“] Das Urtheil der correctionellen Appellationskammer des königl. Landgerichts hier selbst über den der Bekleidung Ihrer Majestät der Deutschen Kaiserin beschuldigten Redakteur der „Deutschen Vereins-Correspondenz“, Dr. Lefebvre, ist heute gesprochen worden und dahin ergangen, daß die Berufung des Angeklagten ebensowohl wie die der königl. Staatsanwaltschaft zu verwiesen, das Urtheil erster Instanz, welches auf eimmonatliche Festungshaft, Tragung der Kosten u. erkannte, vielmehr zu bestätigen sei.

Frankfurt, 19. Febr. [Zum Prozeß der „Frankfurter Zeitung.“] Das genannte Blatt meldet, daß ihm von der Strafkammer des l. Stadtgerichts folgendes Schreiben zugegangen ist:

„Das Morgenblatt der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 50 reproduziert den Wortlaut eines Artikels der „Wöchentlichen Zeitung“, welcher nur dadurch ausgedeutet werden kann, daß darin die Behauptung aufgestellt wird, die Strafkammer des hiesigen Stadtgerichts habe in der Anklage gegen die „Frankfurter Zeitung“ wegen Bekleidung des Fürsten Bismarck die Redakteure deshalb freigesprochen, weil das Gericht von der Unterstellung ausgegangen sei, die betreffende Rede des Fürsten Bismarck in der Reichstagsitzung habe „Verleumdungen“ gegen den Abgeordneten Sonnemann enthalten. Diese Behauptung ist thäthlich unrichtig. Das Gericht hat im Gegenteil in seinen Entscheidungsgründen sich dahin ausgesprochen, daß eine Ueberprüfung der Grenzen berechtigter Vertheidigung vorliege, wenn dem Fürsten Bismarck der Vorwurf der „Verleumdung“, d. h. der Behauptung unwahrer Thatsachen wider besserer Wissen gemacht worden wäre. Die Freisprechung der Unterzeichner der bekannten Collectiv-Eklärung erfolgte vielmehr deshalb, weil das Gericht annahm, daß nur der erste Theil dieser Erklärung gegen den Fürsten Bismarck, der zweite Theil aber, in welchem allein die Worte „Verleumdung und frivole Verächtigung“ vorkamen, lediglich gegen die Presse gerichtet gewesen sei. Unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes erscheint sie um Aufnahme dieser Berichtigung in nächstfolgender Nummer. Der Vorsitzende der Strafkammer Dr. Leykau.“

Die Redaktion des genannten Blattes fügt dieser Erklärung folgendes hinzu:

Wir bemerken zu diesen vollständig sachgemäßen Ausführungen des Herrn Vorsitzenden der Strafkammer, daß wir die Aufnahme der uns Nachs telegraphisch zugekommenen Notiz der „Wöch. Btg.“ ohne verwahrende Be merkung lebhaft bedauern und wollen noch bemerken, daß die Erklärung der l. Strafkammer unserer Ansicht, die Sache sofort nach Einsichtnahme in das Erkenntnis richtig zu stellen, zuvorgetragen ist.

Straßburg, 20. Februar. [Deputation von Baumwoll-Interessenten.] Das „Els. J.“ schreibt: Die Herren Aug. Dollfus, Präsident der industriellen Gesellschaft von Mülhausen und Schwarz haben sich in den letzten Tagen nach Berlin begeben, um in der Versammlung des volkswirtschaftlichen Vereins die Interessen der elsäss.-lothringischen Baumwoll-Industrie zu vertheidigen. Sie begaben sich darauf mit Herrn Schneegans, Abgeordneten des Unter-Elsass, zu Herrn v. Barnbäcker, dem Präsidenten derselben Commission, welche die Zollgesetzentwürfe zu begutachten hat.

Schlettstadt, 17. Februar. [Die Schleifungs-Arbeiten] nordwestlich von der Stadt wurden neulich übertragen, mit der Verpflichtung, daß sie in zwei Wintern durch einheimische Arbeiter auszuführen seien, damit denselben Beschäftigung und Dienst in der harten Jahreszeit verschafft werde. Es sind dann nur noch die Festungswerke an der südlichen Seite der Stadt zu schleifen. Die Ausgaben, welche Schlettstadt für die Schleifungen und Verschönerungen zu tragen hat, sind sehr beträchtlich; sie werden aber durch den Verkauf der Baupläne mehr als ausgeglichen.

Ö ster r e i ch.

* * Wien, 20. Febr. [Eduard Szédenyi †.] Die Popularität des alten Parlamentariers Szédenyi, der heute in Pest das Letzte gesegnet, datirt erst aus seinem Alter. Szédenyi, eigentlich Pfannschmidt, ein Sohn der Bzps., deren einen District er seit 1832 in der Preßburger Ständetafel vertreten, trug in seltsamer Weise die Elemente des Stock-Conservatismus und Radicalismus vermischt in sich: im Grunde war er ein Reactionär, den die Wiener Regierung, insbesondere Graf Thun durch Vergewaltigung der evangelischen Kirche Ungarns in revolutionäre Bahnen gedrängt. So weit man ihn in

„Weißt“, antwortete der Toni und stützte den Elbogen auf das Knie, „der Himmel! mich läßt nicht gar so stark nach dem Himmel. Hab' ich mein Stück Brot zu essen und mein Glas Wein.“

Und wirklich, er läßt es gut sein, der lang' Toni. Und es war gut. Und es ist heute noch gut. Vielleicht seit ihr ihm auf irgend einer Straße schon begegnet. Das ganze alte Kerlchen freut sich heute noch so innig des irdischen Sonnenscheins, daß sogar die Zehen aus den staubrauen Stiefeln hervorlugen in die lichte Welt. Er geht schon recht buckig und ist nicht mehr so lang, wie dazumal. Sein Bart ist viel weißer, als die Pfäid (Hemd), die ihm am Elbogen hervorschaut. Der Mann trägt fast nichts mit sich, als ein Spazierstockchen, das er ganz fein zu schwingen versteht und das sich hinzwiederum mächtig biegt und baucht, so oft er sich darauf stützt. Nicht wahr, er ist Euch schon begegnet? Und ist Euch nicht sein rascher, zierlicher Gang aufgefallen? Er muß ja auch sein Klappchen gelüst und Euch gezeigt haben — flink und lustig gezeigt, und gütig dabei, als wollte er Euch was schenken. Seht, der ist's, das ist mein langer Toni.

Ich zweifle nicht, er wird sterben, der lange Toni, aber er wird nicht austernen, er wird immer ein ärmlisches Leben führen, er wird immer possirliche Hirngespinsten weben, er wird sich im Gegensatz zu Ahnsver immer nach ewigem Leben sehnen, wird auf all seinen Wegen und Stegen hüpfen, hoppeln und tanzeln mit leichtem Fuß, allemal guten Mutts, allemal ein wenig windig, kurzum — der ewige Schneider.

Mandglossen zu den politischen Wandlungen der letzten Jahre. Aus den Papieren eines deutschen Abgeordneten.“ (Bromberg, J. Fischer.) Dieses Herrn Max v. Jordenau gewidmete Buch besteht aus einer Sammlung von Leitartikeln und Parlamentsbriefen, welche ein national-liberaler Abgeordneter für ein größeres Provinzblatt geschrieben und in welchen er mit Freimuth und Unbefangenheit die Kreuz- und Querzüge unserer inneren Politik und die handels- und finanzpolitischen Beliekeiten des Reichslandes besprach. Die Darstellung ist frisch und lebendig, mit historischen und anderen Reminiszenzen gewürzt und das Ganze erhält hierdurch ein feinlebensfrisches Gepräge, wobei jedoch dem politischen Ernst sein Recht gewahrt bleibt. Da die meisten der hier behandelten Fragen noch im Fluß sind, so behalten diese Seitenabzüge auch jetzt noch aktuelles Interesse.

seinem Vaterlande überhaupt näher kannte, was er dort im Vor- märz tief verhaft, weil er dem letzten Hofkunzler jener Zeit, dem Grafen Apponyi, hilfreiche Hand bei allen seinen Maßregeln ließ, um die turbulenten Autonomie der Comitate zu brechen. Wenn man Apponyi's gedachte, der es glücklich dahin gebracht, daß kein einziges Comitat mehr seinen gewählten Vicegespan und Beamten Bojar hatte, sondern sie allzumal unter königlichen Administratoren standen, dann ward auch Szédenyi's mit einem ungarischen Kernstück erwähnt, ob- schon er mit dem Jahrhunderte gleichen Schritt hielt, also bei dem Beginn seiner politischen Laufbahn in Preßburg nur 32 Jahre zählte. Aber alle Hochachtung bekamen auch seine Gegner vor ihm, als die grohartige Bewegung in Ungarn während des Winters 59 auf 60 anging, die dem Versuche des Concordatsgrafen Thun entgegentrat, durch sein Protestantentat die Evangelischen auch in Ungarn zu schädigen und namentlich die freie presbyterianische Organisation ihrer Kirche dort zu zertrümmern. Obhut im 60. Jahre, wagte Szédenyi als Curator eines Kirchendistricts auf dem Kössmarker Convente einen Ton offener Widerlichkeit anzuschlagen; ruhig ließ der alte Herr sich in einem strengen Winter mit anderen Kirchen-Curatoren, wie Maday und Baron Bay, zu Fuß von Gefängnis zu Gefängnis escriven. Als dann aber nach dem Octoberdiplome Bay Hofkunzler ward und Szédenyi zu einem seiner Hofräthe machte, brach das alte conservative Naturell wieder durch. Vergeblich erließ er eigenhändig in den Wiener Blättern Artikel über Artikel, um zu beweisen, daß man an die „schwürdigen“ 48er Artikel, die zu einer „blutigen Rebellion“ führten müßten, die weitere Entwicklung auch nicht einmal anknüpfen könne. Nun, auch dieser altconservative Furor vertraute! Seit 1865 gehörte er wieder als Vertreter eines Bzps. Districtes im Reichstage zur Deckpartei: nur in kirchlichen Fragen und besonders in finanziellen Dingen, wo er als „Sparmeister“ par excellence galt, schlug ihn noch nie und da der Radicalismus in den Nieden.

F r a n k r e i c h .

Paris, 17. Februar. [Erklärungen Grévy's und Gambetta's vor den Deputirten des Gemeinderaths und der Wähler von Belleville. — Reactionäre Umtriebe. — Zur Polizeienquete. — Der Gemeinderath beschluß wegen Unterstützung der Begnadigten. — Wahler in der Provinz.] Grévy und Gambetta haben gestern eine Gelegenheit gefunden, sich über die künftige Haltung der republikanischen Regierung auszusprechen. Grévy empfing im Elysee eine Deputation des Pariser Gemeinderaths und des Generalrats der Seine, Gambetta empfing im Palais Bourbon eine Deputation des Wahlcomites von Belleville, welches zum Desteren für seine Kandidatur in diesem Bezirk thätig gewesen ist. Beide antworteten auf die Glückwünsche, die an sie gerichtet wurden, mit einer kleinen Rede. Die Neuerungen Gambetta's haben, wie es die Umstände mit sich brachten, einen mehr persönlichen Charakter als diejenigen Grévy's, denn die Vertreter der Wähler Belleville's erinnerten ihren Deputirten an die Einzelheiten seiner politischen Laufbahn und an die Verbindlichkeiten, die er ihnen gegenüber zu wiederholten Malen eingegangen. Gambetta hatte also darauf zu antworten und er that das, indem er erklärte, daß er dem bekannten Contract von 1869 treu bleibe. Über hieron abgesehen, sind die Grundsätze, die er aussprach, ganz dieselben, welche Grévy den Vertretern des Gemeinderaths gegenüber darlegte, und es genügt, wenn wir nachstehend die Hauptstellen der beiden Reden hervorheben. Der Präsident der Republik sagte: „Die Republik ist in keiner Weise bedroht, aber vergessen wir nicht, daß diese Republik die Republik des ganzen Frankreich zu sein hat, derjenigen, die in der Vorhut marschiren, wie derjenigen, die hinterdrein kommen; vermeiden wir es, die Furchtsamen zu erschrecken, suchen wir die Eintracht unter allen aufrecht zu halten: die allgemeine und vollkommene Sicherheit wird der Republik geschenken, die Früchte zu tragen, welche sie tragen soll.“ Und Gambetta sagte: „Aber indem wir dem Geist der Reaction widerstehen, dürfen wir uns auch nicht durch den Geist der Ungeduld und der Verwegenheit fortreissen lassen, dürfen wir uns nicht der Trunkenheit des Sieges hingeben. Wir werden fortfahren, vollständige Männer zu sein, denn nichts kann diese politische Methode mit Erfolg ersezten.“ So zeichnen also die beiden hervorragendsten Staatsmänner der Republik allen denjenigen, welche sich in irgend einer Weise an der Regierung beteiligen, den Deputirten, den Gemeindevorständen u. s. w. ein Programm vor, welches von allen Vernünftigdenkenden nur gebilligt werden kann. Wenn dies Programm die Richtschnur der künftigen Politik der Regierung bilden soll, wie es den Anschein hat, so kann das Land sich über sein ferneres Geschick beruhigen. Bei allem dem läßt sich nicht leugnen, daß fürs Erste im Publikum und in den politischen Kreisen eine gewisse Verstimmung herrscht, welche durch mehrere Umstände veranlaßt

Aus dem heutigen Rom. Politisches und Unpolitisches. Von Justus Ehardt (Leipzig und Köln, Reichs u. Gov.). Unter den zahlreichen Werken, welche über Italien noch fortwährend erscheinen, zeichnet sich das vorliegende durch Unmittelbarkeit der Anschaunaung, sowie dadurch aus, daß sich der Verfasser eingehender mit dem politischen Leben beschäftigt, als dies sonst gewöhnlich der Fall ist. Es sind zwar nur eine Reihe loser Sätze, die hier geboten werden, welche uns aber eingehender über italienische Verhältnisse und Zustände orientieren, als manches didaktische Buch. Das Werk darf eine günstige Aufnahme erwarten.

„Das Leben des Generals Dumouriez“ von A. v. Bogulawski, preuß. Major. I. Band. (Berlin, J. Lüddecke.) Der Verfasser hat es unternommen, den Lebensgang einer Persönlichkeit zu schildern, welche trotz der bedeutenden und eigenartlichen Rolle, welche sie zu Anfang der französischen Revolution spielte, noch nicht in ihrer vollen Totalität gewürdigtd worden ist. Das Werk beruht auf fleißigen Forschungen, deren Ergebnisse in einer klaren, übersichtlichen Darstellung und mit steter Bezugnahme auf die culturhistorischen Zustände uns vermittelst werden. Der vorliegende erste Band behandelt im ersten Abschnitte die Jugendverhältnisse und die verschiedenartige Tätigkeit, welche Dumouriez in Corfika, Spanien und Portugal, Polen u. s. w. entwidelt. Der zweite Abschnitt führt uns Dumouriez als Minister und General während der Revolutionszeit vor bis zur Vendemündung Ludwig XVI. am 10. August, der einige Tage darauf erfolgten Flucht des zaudernenden Parteidängers des Königs auf belgisches Gebiet und dessen Gefangennahme durch die Österreicher. Das Werk ist höchst interessant und bei aller Bestimmtheit des Standpunktes des Verfassers von rühmenswerther Objectivität.

III. Einmal durch das ungestüme Vorgehen der radikal Fraction, welche mit einem Schlag alle Reformen ihres Programms ins Werk setzen möchte und welche, namentlich in der Amnestiefrage keineswegs den Befürchtungen der Aengstlichen, von denen Grévy spricht, Rechnung tragen will. Zum Anderen durch die wahrhaft pernösen Einflüsterungen der clerico-reactionären Coterie, welche in jeder Weise und nicht immer ohne Erfolg das Misstrauen des conservativen Theils der Bevölkerung zu erregen sucht. Sezt man doch seit gestern das Gericht in Umlauf, der Ministerpräsident Waddington und die gemäßigten Mitglieder des Conseils wollen ihre Entlassung geben, weil sie den Anmaßungen der Kammermehrheit nicht stand halten könnten. Dies ist eine reine Erfindung, aber es fehlt nicht an Leuten, die sich erschrecken lassen. Die reactionären Blätter sind voll von kleinen Ausfremdungen, die alle dem genannten Zwecke dienen. So erzählt man, daß Grévy dem Minister des Innern im Conseil sehr erbärt habe, die Regierung habe sich keine Befehle von Gambetta vorschreiben zu lassen; der „Figaro“ berichtet, die Ehrenlegion solle unterdrückt und durch eine Legion der égalité erfeht werden und was dergleichen mehr ist. Die Amnestiefrage wird natürlich ebenfalls von den Gegnern der Republik fortwährend ausgebettet und es wäre schon aus diesem Grunde die schleunigste Lösung derselben ratsam. Dazu kommt aber heute noch, daß die bekannte Polizei-Enquête in ein neues und für die Regierung keineswegs erfreuliches Stadium getreten ist. Die Blätter brachten heute früh einen Brief, in welchem die Senatoren und Deputirten Scholcher, Tolain, Tirard und die Gemeinderathsmitglieder Thulé und Léonville dem Minister des Innern anzeigen, daß sie ihre Entlassung als Mitglieder der Enquêtecommission geben. Die Gründe, welche sie für ihren Entschluß angeben, sind ziemlich bedenklicher Natur. Sie können die Polizeiangelegenheiten nicht ins Klare ziehen, weil die Beamten, deren Zeugnis sie anrufen, sich hinter das Amtsgeheimniß verschließen und sich weigern, auf die Fragen der Commission zu antworten. Dieser Brief ist ein Angriff auf den Minister den Innern, welcher in der Enquête den Vorstoss führte und über dessen Haltung sich die radikale Presse schon mehryrs beschwert hatte. Vermuthlich hat sich de Marcere durch die Ansichten beeinflussen lassen, welche der fröhliche Polizei-Präfect Renault vor der Enquête-Commission, die ihn als Zeugen beschieden hatte, entwickelte. Leon Renault (von dem es heut Abend heißt, er werde abermals die Leitung der Polizei-Präfectur übernehmen) tadelte die Enquête, weil dieselbe nur geeignet sei, eine tiefgreifende Störung in der Polizeiverwaltung hervorzurufen. Wie dem sein mag, so wird de Marcere, nachdem die Enquête in der bisherigen Form mißlungen ist, den schlechten Eindruck dieses verschleierten Unternehmens nur dadurch verwischen können, daß er die Initiative zu den unumgänglich nötigen Polizeireformen ergreift und daß er die besonders mißliebigen und compromittirten Persönlichkeiten der Präfectur aus eigener Machtvolkommenheit entfernt. In den Couloirs der Kammer war heute fast ausschließlich von dieser Angelegenheit die Rede. Der Senator Tolain und der Deputirte Tirard benachrichtigten den Minister des Innern, daß sie dieselbe zum Gegenstand von Interpellationen in beiden Kammern machen werden. Zugleich erfuhr man, daß Prevost de Launay den Minister über das bekannte Votum des Pariser Gemeinderaths, welches 100,000 Fr. zu Gunsten der Amnestierten anweist, interpelliren werde, was er beim Beginn der Sitzung thut. Dies ist auch eine der Fragen, welche der Reactionspartei reichlich Wasser auf ihr Mühlensiefern, indem der Beschluss der Stadt-Väter auf einer Seite Anlaß zu ausgiebigen Declamationen gegen das Überhandnehmen des Radikalismus gibt, während er auf der anderen Seite das gute Einvernehmen zwischen dem Ministerium und der parlamentarischen Mehrheit zu stören droht. Die Regierung hat das Votum des Gemeinderaths als über die Vollmacht dieser Versammlung hinausgehend nicht gutgeheissen und sie verweigert ihm ihre Bestätigung, indem sie gleichwohl anerkennt, daß dasselbe von einem humanen Gedanken eingegangen worden. Es bleibt abzuwarten, wie diese Weigerung auf die Mehrheit wirken wird. — Gestern haben mehrere Wahlen in der Provinz stattgefunden. Im Charente-Departement war ein Senator für den verstorbenen Bonapartisten André zu wählen. Der Legitimist General de Bremond d'Ars wurde mit 308 Stimmen gewählt. Sein Gegner, der Republikaner Ballamy, erhielt nur 150 Stimmen. Dagegen haben bei den Deputirtenwahlen in Uzès (Gard) und in Ussingeau (Haute-Loire) die Republikaner gesiegt. Die beiden neuen Deputirten dieser Bezirke sind die Herren Boso und Vinachon.

Rußland.

— St. Petersburg, 17. Febr. [Rußland und die Pestgefahr. — Zum englisch-afghanischen Feldzug.] Die Bekämpfung der Pest ist bei uns in einer Weise in die Hand genommen worden, wie sie besser überhaupt gar nicht angefaßt werden konnte. Soweit Absperrungs- und andere Maßregeln zur Vertilgung der Pest führen können, ist bei uns alles vorgesorgt, und zwar in einer Weise, welche selbst einer viel stärkeren Epidemie gegenüber noch wirksam sein müßte. Die Hauptache ist aber, daß die Epidemie den hervorragenden Grab selbst an den ergriffenen Ortschaften gar nicht gehabt, die Intensität niemals besessen hat, welche anderwärts Besorgniß erregen sollte. Von Seiten des Auslandes kann eine aufmerksame Mitwirkung — wie solche durch Einsendung von ärztlichen Specialisten an den Tag gelegt ward — uns nur angenehm sein, denn auf diese Weise wird am besten der Panik begegnet, welche die gewissenlosen Landsleute von uns aus bloßer Sensationsmacherei so zu sagen mutwillig selbst hervorgerufen haben. Wir erinnern dabei, daß selbst die Post sich den Unrecht giebt, als sei sie über die Pestfälle von Wellsjanski bestimmt, während bei ihr selbst durch die Leichencaravanen nach Mesopotamien Jahr aus Jahr ein Pestherde unterhalten werden, von denen aus die ganze Welt wohl andere Gefahr zu befürchten hat, als von den sporadischen Fällen an der unteren Wolga. — Die Engländer scheinen mit den Resultaten der Expedition in Afghanistan sehr zufrieden zu sein — was schließlich doch uns recht sein kann. Dennoch liegen die Dinge nicht ganz so, wie man aus dem Gefühl der britischen Zufriedenheit schlüßen sollte. Außer der einen Schlacht des Generals Roberts hat kein bemerkenswertes Treffen stattgehabt — aber der genannte siegreiche General hat sich selbst von Matun nach Sabiri zurückziehen müssen unter fortwährenden Ueberfällen seitens der Bergvölker. Seine Expedition nach dem Thale Khosj blieb resultlos. Ebenso hat der General Maud zwei Mal gegen die Afriedi's zu Felde ziehen müssen, welche die Briten doch als ihre Bundesgenossen ausgegeben haben. Also sowohl im Chalbarpasse als auch bei der Kurum-Abtheilung stehen die Dinge nicht eben schlecht, aber auch nichts weniger als gut: das gehört aber gerade zur Signatur solcher Gegenden, wo Guerillakriege das Entscheidende bleiben. Es ist leicht einzudringen, aber sehr schwer damit etwas Bestimmtes zu erreichen. Die Abtheilung des Generals Brown scheint in Oshkalebad noch am besten zu stehen: siegesgewiß erwartete dieser General den Besuch des Sirdar Jacob Chan. Als Jacob Chan sich aller Erwartung ungeachtet doch nicht einstellte, sandte der General einen Brief an ihn, welcher auch resultlos blieb. Jetzt erweist es sich jedoch, daß auch der General Brown nicht vor- und nicht rückwärts gehen kann,

und daß auch seine Communicationen bedroht werden. Für uns Russen ist es höchst indifferent, in welcher Weise sich die Engländer auf afghanischem Gebiete häuslich einrichten. Die Frage bleibt aber immer, wie viel sie dort schließlich erreichen, und wie lange sie das erreichte festzuhalten im Stande wären. Den halb wilden und halb unabhängigen Stämmen des Asghanenlandes ist z. B. durch Geldzahlungen leicht beizukommen: eine Geldzahlung verpflichtet jedoch zu mehreren, und wenn die Geldzahlungen aufhören, fangen die Feindseligkeiten an. Auch während des erfaulsten Waffenstillstandes benutzen die afghanischen Stämme gern jeden Augenblick, wo ein Truppentransport, eine kleine Heeresabteilung sich schußlos in ihrem Gebiete und entfernt von der Hauptarmee befindet. So zeigt sich die Werbung um die Neutralität oder Freundschaft der afghanischen Bergstämme als eine zweischneidige Waffe. Ohnehin hat die „Nineteenth century“ nachgewiesen, daß die Ressourcen Indiens übermäßig angespannt und einer Erweiterung nicht recht mehr fähig sind; daß die militärischen Ausgaben für Indien 45 Prozent der indischen Einnahmen bereits verschlingen. Sollten die englischen Besitzungen in Asien erweitert werden, so können die Ressourcen Indiens das nicht mehr tragen, und jede Erhöhung der Steuern wird von den Biedörfern Indiens als gefährlich angesehen. Also bringt selbst im besten Falle der afghanische Feldzug den Engländern nichts als vergrößerte Gefahren für den ohnehin precären indischen Besitz. Ohnehin dürfte Englands Vorgehen in Afrifa vielleicht damit zusammenhängen, daß für den morschen indischen Besitz bei Zeiten ein Ersatz in einem andern Welttheil gesucht wird.

St. Petersburg, 18. Febr. [Zur Pest.] Ein Allerhöchster Maß vom 1. Februar ordnet an: 1) Dem General-Adjutanten Grafen Loris-Melitoff in den Gegenden, über welche er den Kriegszustand verhängt, anzuhimzellen, Personen des Civilregiments für die Übertretung der Quarantäne-Vorschriften, welche Criminalstrafen mit Verlust der Standesrechte nach sich ziehen, dem Kriegsgericht zu übergeben. Ihm ferner anheimzustellen, Personen des Civilregiments, welche sich politischer Verbrechen oder der schwersten Verbrechen gegen die bestehende Ordnung oder gegen das Leben, die Ehre und das Eigentum von Privatpersonen schuldig gemacht, wofür im Gesetz gleichfalls Criminalstrafen mit Verlust aller Standesrechte festgestellt sind, ebenfalls dem Kriegsgericht zur Aburtheilung nach dem Kriegsgesetz zu übergeben, jedoch nur in dem Fall, wenn er die Maßregel wegen der besonderen Wichtigkeit der Umstände, welche die Ausführung des Verbrechens begleiten, oder zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Ruhe für notwendig erachtet. 2) In den Gegenden, über welche der Kriegszustand verhängt wird, Frauen, welche die im Punkt 1 aufgeführten Verbrechen begangen haben, nur dann dem Kriegsgericht zu übergeben, wenn sie zusammen mit Personen männlichen Geschlechts, welche diesem Gericht unterliegen, angelagt sind. In diesem Fall haben die Kriegsgerichte bei der Fixirung der Art, des Grades und des Maßes der Strafe für die schuldig befundenen Frauen den Bestimmungen des Strafgesetzbuchs zu folgen. 3) Dem Grafen Loris-Melitoff in Bezug auf die dem Kriegsgericht zu übergebenden Personen des Civilregiments die dem Obercommandirenden der aktiven Armee in Kriegszeiten zustehenden Rechte zu verleihen.

Afrika.

Cairo, 18. Februar. [Über die Unruhen in Cairo] meldet das „Neutreische Bureau“: „Ungefähr 400 abgedankte Offiziere, die ihren rückständigen Sold noch nicht erhalten haben, versammelten sich heute vor dem Finanzministerium und insultierten Mr. Rivers Wilson, den Finanzminister, sowie Nubar Pascha, den Präsidenten des Ministerraths. Letzterem wurde der Rock zerriß; 30 Offiziere drangen in das Ministerium, wurden aber bei der Ankunft des Khedive hinausgeworfen. Die Tumultuanten umzingelten sodann das Ministerium. Der Khedive hielt vom Fenster aus eine Ansprache an die Menge und machte später drei vergebliche Versuche, in seiner Equipage fortzufahren, aber er selber wurde angefallen und beleidigt. Mittlerweile kam seine Leibwache an, feuerte auf die Tumultuanten und zerstreute sie. Nubar Pascha erhielt eine Kugelwunde, sein Kutscher einen Säbelstreich, und Abd-el-Kader, der Ceremoniemeister des Khedive, eine Wunde an der Hand. Der Khedive trug während des ganzen Vorganges merkwürdige Geistesgegenwart zur Schau. Die Generalconsuln Englands, Deutschlands, Italiens, Österreichs und Frankreichs waren Zeugen des Vorganges. Die Ruhe ist jetzt wiederhergestellt, nachdem mehrere Verhaftungen vorgenommen worden.“

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 21. Februar. [Tagesbericht.]

M. Das Beziehen von Wohnungen in neuen Häusern und Städten ist nach § 52 der polizeilichen Verordnung über die Bauten in der Stadt Breslau nur davon abhängig, daß der Rohbau des fraglichen Gebäudes 9 Monate vollendet sein muß, diese Frist kann unter Umständen von der Ortspolizeibehörde auf 4 Monate herabgelehnt werden. Eine bau- oder sanitätspolizeiliche Abnahme der Bauten vor dem Beziehen der Häuser findet in der Regel hierorts nicht statt und werden daher diejenigen zumeist vor ihrer vollständigen Fertigstellung bezogen. Die sogenannten Trockenwohner, die für gewöhnlich mit den Rück-Companien in tameradschaftlicher Verbindung stehen, achten nicht darauf, daß die Treppen keine Geländer haben, daß die Thürbeschläge unvollständig sind oder gänzlich fehlen, und wie dergleichen Mängel noch mehr anzuführen sind. Unter diesen Verhältnissen ist es aber auch nur in Breslau möglich, daß ein Haus, das seit länger als 6 Monaten vom Erdgeschoss bis zum 4. Stockwerk vollständig bewohnt ist, aus sanitätspolizeilichen Rücksichten und vollständig berechtigt plötzlich geräumt werden muß, wie es thatsächlich in den letzten Tagen hierorts der Fall war. Das Haus besitzt zwar eine vollständige Wasserleitung und Closetsanlage, entbehrt jedoch bis heute sowohl des Anschlusses an die städtische Wasserleitung, als an den Strassenkanal, sowie der Anlage eines Hausesbrunnens. Die zahlreichen Bewohner des Grundstückes haben sich daher bisher darauf beschränkt, ihren Wasserbedarf aus dem Hohlahne eines Nachbargrundstücks in reglementswidriger Weise zu entnehmen und somit höchst unlänglich ihre Closets zu speisen. Da für deren Entleerung jedoch der Abzug fehlt, so haben sich die Excremente in unverantwortlicher Weise im Hause angehäuft und ist somit dasselbe thatsächlich unbewohnbar geworden. Das der Ausbau des Hauses jedoch überhaupt z. B. noch nicht fertig gestellt ist, wirkt auch schon dadurch zur Evidenz nachgewiesen, daß u. a. die Hauszugangstür noch immer kein Schloß hat und somit dem Werthe bei Tag und Nacht freisteht. Der hierdurch manifestierte Nebelstand ist jedoch nicht nur in sanitätspolizeilicher Beziehung zu beklagen, der selbe ist vielmehr auch Beweis dafür, daß das gerichtl. Häuser-Administrationswesen krankt. Das fragliche Grundstück ist seit Monaten unter gerichtlicher Administration und sind die angeführten Nebelstände nicht beseitigt worden, obwohl dieselben dem Administrator bekannt waren. Der vorliegende Fall scheint thatsächlich dazu angethan, ein ernstlicher Mahnruf für die endliche zeitgemäße Abänderung unserer Bau- und Sanitätspolizei-Verordnungen zu werden, besonders gilt dies für ältere, die den gegenwärtigen Anforderungen nur in sehr wenigen Bestimmungen entsprechen dürften. Hierzu kommt noch die übelständige Abhängigkeit der Baupolizei von der städtischen Baudeputation, durch welche Einrichtung dem Prinzip der Selbstverwaltung in wenig erträglicher Weise gebuhldigt wird.

+ [Bauliches.] Der Schleusenbau am Bürgerwerder ist auch während der Winterszeit aufs eisfrige fortbetrieben worden, indem auf die abgeplasterten Überböschungen granitierte Kopfsteine als feste Abschlussteine gelegt wurden. Ebenso wurden längs des Oderufers und am Schleusencanal Granitäulensteine aufgestellt, welche durch eiserne Doppelsäulen verbunden, ein dauerhaftes und geschmackvolles Geländer bilden. — Anfangs April wird auf dem Grundstück Werderstraße Nr. 39 mit dem Bau eines Hauses begonnen, in welchem die königliche Schleifenbeobachtung untergebracht werden wird, und sind bereits die hierzu nötigen Ziegel auf der Landzunge zwischen der Oder und der Schleife aufgespreizt. Nach Befestigung der Ziegel wird der erwähnte Platz zu einer Gartenanlage umgewandelt, und sollen auf demselben 200 Stück Obstbäume angepflanzt werden. Ebenso wird die Straße „An den Mühlen“, die von der Werderstraße nach der Universitätsbrücke führt, um ein Bedeutendes verbreitert und werden die

Bürgersteige mit Alleen von amerikanischen Ahornbäumen zu beiden Seiten beplant.

[Humboldt-Verein für Volksbildung.] Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die vom Humboldt-Verein veranstalteten Sonntags-Unterhaltungen für Handwerks-Lehrlinge und andere junge Leute gleichen Alters künftigen Sonntag, den 23. Februar, ihren Anfang nehmen und von nun an regelmäßig jeden Sonntag Abend von 7 bis 9 Uhr stattfinden werden. Von Seiten des Magistrats ist zu diesen Abend-Unterhaltungen das Klassenzimmer der Prima in der Realchule an Zwinger (parterre links) bewilligt worden. Der Zweck dieser Unterhaltungen ist, in den jungen Leuten den Sinn für ein edles Vergnügen, für gute Sitte und Bildung zu wecken und zu fördern und sie dadurch vor allerlei ungünstigen Einflüssen zu schützen. Andere Städte sind bereits mit der Einrichtung solcher Abend-Unterhaltungen vorgegangen und haben damit gute Erfolge erzielt. Es läßt sich hoffen, daß auch hier Eltern, Vormünder und Lehrer den Zweckmäßigkeit solcher Veranstaltungen erkennen und dahin wirken werden, daß die Abend-Unterhaltungen seitens ihrer Söhne, Mündel und Lehrlingen recht zahlreich und regelmäßig besucht werden.

B.-ch. [Siebentes Donnerstag-Sinfonie-Concert.] Das gestrige Sinfonie-Concert der Trautmann'schen Concert-Capell im Saale des Breslauer Concerthauses fesselte die Aufmerksamkeit des überaus zahlreich versammelten Auditoriums durch ein in sämlichen Nummern joggfähig zusammengestelltes Programm. Um den Gipfelpunkt des Abends, die innig und exact zu Gehör gebrachte Sinfonie D-dur von Beethoven gruppieren sich im ersten und dritten Theil mehrere ganz interessante Nummern, wie das Fantasie-Stück „Erinnerung an Richard Wagner“ von Breitkopf — trotz des Titels ohne Reminiszenz an den Dichter-Componisten, — die Rigoletto-Fantasie von Schreiner und die lebhafte Beethoven-Dublette von Lassen. — Herr Moser trug eine gesangreiche Meditation „Virgo Maria“ für die Harfe von Oberstürz vorzüglich vor und wurde durch reichen Beifall geehrt. Eine gleiche Auszeichnung wurde den Herren Melzer, Heyer, Wanckel und Siegel zu Theil, für den durchdachten Andante und Vivace für vier Celli von Kreisbach zu Theil. Der Carnaval-Safton wurde durch den musicalischen Scherz „Perpetuum mobile“ von Johann Strauss Rechnung getragen. Das Stückchen, und besonders sein origineller Schluß, war von überaus erhebender Wirkung. — Das für das Concert in Aussicht genommene Auftritt der großherzoglich medlenburgischen Hofpianistin, Frau Bettina Schweizer, mußte eingestellt werden. Die Künstlerin soll im nächsten Concert auftreten und unter Mitwirkung des Cellovirtuosen Herrn Melzer Capriccio von Mendelssohn-Bartholdy und Polonaise für Clavier und Cello vortragen.

— [Akademischer Gesangverein „Leopoldina“.] In dem bis auf den letzten Platz besetzten Concertsaale des Springer'schen Etablissements befand gestern Abend der akademische Gesangverein „Leopoldina“ zur Feier seines 57. Stiftungsfestes ein größeres Concert ab. Der das Concert eröffnende, auf zwei Clavieren sehr gut executirte Festvolonais von Rückert reichte sich der von der gesammelten „Leopoldina“ vorgetragene „Festgesang“ an die „Künstler“ von Mendelssohn würdig an. Die daraus folgenden zwei Lieder für Bariton „Perlenfischer“ von D. Roquette und „Meeresabend“ von Strachwitz erregten, als Compositionen des tüchtigen Dirigenten des akademischen Gesangvereins, Herrn stud. Günther, das besondere Interesse des zahlreichen Auditoriums und ernteten, von dem Erwähnten selbst vorgetragen, geradezu stürmischen Applaus. Hieran schloß sich wiederum eine vor treffliche Leistung eines Mitgliedes des strebsamen Vereins, nämlich der Vortrag des 1. Violin-Concerts von Beriot, welches Herr stud. Steinbeck mit großer Exactheit vortrug. Der allgemeine Beifall nötigte den Genannten, dem Wunsche des Publikums noch durch eine zweite, gleichfalls sehr gelungene Leistung gerecht zu werden. Den ersten Theil des Concerts beschloß der sehr befähigt aufgenommene Vortrag von „Schön Nothtraut“ von Weit. Aus dem zweiten Theile haben wir zunächst herbar: „Die Falschmünzer“, Chor mit Bariton-Solo aus der Oper „Der Schwur“, von Kreuer, wobei Herr stud. Günther in die Rolle des Captain übernommen hatte. Solist wie Chor wurden nach Beendigung des Vortrages durch lebhaften Applaus ausgezeichnet. Wenigen großen Beifall ernteten die Vorträge auf dem Clavier. Zwischenactmusik und Aufführung der Alpenfee aus „Manfred“ von Schumann, Polonaise (Cis-moll) von Chopin und Polacca brillante (E-dur) von Weber. Zum Schluss erfreute uns noch, der um die „Leopoldina“ wohlvordiente „alte Herr“ Rieger durch den Vortrag zweier Lieder für Bass: „Die Schmiede“ von J. Burda und „Zu jeder Tageszeit“ von W. Schirch. Wie gewöhnlich folgte dem Vortrage dieser beiden Lieder ein so stürmischer Beifall, daß der alte Liebling des Breslauer Publikums auf allgemeinen Wunsch noch eins seiner humorvollen Lieder zum Besten geben mußte, wofür ihm denn auch wieder reichliche, dankbare Beifallsreden zu Theil wurden. — Nach der gestrigen offiziellen Feier vereinigte heute ein sollemner Commers die „alten Herren“ und aktiven Mitglieder, sowie Ehrengäste und Gäste der „Leopoldina“ zur Feier des 57. Stiftungsfestes im engeren Kreise.

— [Ablaltung eines Kreistages.] Die Kreistagsabgeordneten des Kreises Breslau werden Mittwoch, den 5. März c., Vormittags 10 Uhr, im Kreis-Verwaltungsgebäude, Weidenstraße Nr. 15, einen Kreistag abhalten. Zur Verhandlung gelangen unter Anderem: Die nochmalige Vorlegung eines abgeänderten Statutenentwurfs für die Breslauer Kreis-Spartasse zur Berathung und event. Genehmigung. Ferner ein Antrag des Kreis-Ausschusses, der Kreistag wolle beschließen, bei den zuständigen Staatsbehörden die Aufnahme der im Bau vollendeten, sowie der noch im Bau begriffenen, im Laufe dieses Jahres aber noch zur Vollendung gelangenden Kreis-Chausseen in das Verzeichniß derjenigen Straßen zu beantragen, auf welche die Verordnung vom 17. März 1839 Anwendung findet. (Durch die Verordnung vom 17. März 1839 wird für alles auf Kunsträumen verkehrende gewerbsmäßige Fuhrwerk eine Minimalsbreite der Radfelgen von 4 Zoll vorgeschrieben und die zulässige höchste Belastung je nach der Felgenbreite und der Jahreszeit bestimmt, um die möglichste Schonung der durch sämftliches Fuhrwerk außerordentlich schnell abgenutzten und ruinierten Steinbahnen herbeizuführen.) Ferner: Feststellung des Etats für die Verwaltung des Kreis-Chausseen pro 1879/80 und schließlich Ergänzung der Vorlagslisten der zu Amtsverstern qualifizierten Personen.

— [Die Stellvertretung der Fleischbeschauer betreffend.] Der Königliche Landrat des Kreises Breslau bringt zur öffentlichen Kenntnis, daß es nach einem Überprüfungsläufe zulässig ist, daß bei Behinderung des Bezirks-Fleischbeschauers der Fleischbeschauer eines benachbarten Schaubezirks seine Stellvertretung übernehmen darf. Der Lebhafte muß aber ausdrücklich als Stellvertreter nach den für die Ernennung des Beschauers geltenden Bestimmungen ernannt sein und hat nur das Recht der Unterforschung, wenn der Bezirksbeschauer an der Ausübung seines Gewerbes thatsächlich verhindert ist.

= [Neue Anlagen im Scheitniger Park.] Die noch s. B. von dem verstorbenen Stadt-Först- und Deforgerath Herrn Dr. Fintelmann entworfenen Neuanlagen zwischen dem Scheitniger Park und Bandewaldchen, welche eine Fläche von 2½ Hektaren einnehmen, sind noch bei Lebzeiten des Dr. Fintelmann unter der speciellen Leitung des Parkgärtners Heinze in ihren sämlichen Vorarbeiten vollendet worden, so daß zum Frühjahr mit den Pflanzungen und dem Befäden mit Grässamen vorgegangen werden kann. Der in einer gefälligen Form angelegte und in seinen Böschungen sauber mit Rasen belegte, ½ Hectar große Teich ist bereits von der Oder aus mit Wasser gefüllt. Ums des Teiches ist das Terrain zu einer aufgeböten Hügelreihe mit üppigem Grün bewachsen. Die darüber angelegten Fußwege ermöglichen vom oberen reip. hinteren Ende des alten Parks die Verbindung mit den in früheren Jahren geschaffenen freundlichen Anlagen im Bandewaldchen. Nach Vollendung der ersterwähnten Anlagen versprechen diese in Verbindung mit den früheren im Bandewaldchen der Gipspunkt der Parkanlagen von Scheitnig zu werden. Für zahlreiche, an schattigen Plätzen gelegene Ruheplätze ist ebenfalls in genügender Weise georgt. — Diese Anlagen entsprechen, sind auch einzelne Gästewirthe von Scheitnig bemüht, ihre Localitäten und Gärten zu verschönern. Vor allen hat das ehemals Dietrich'sche, jetzt Walter'sche Garten-Etablissement eine bedeutende Erweiterung durch Hinzunahme eines großen Theiles des früheren Fürstengartens erfahren und hierdurch einen symmetrischen Ausbau erhalten, zu dem sich neuerdings mehrere große und kleine, auf das Elegante ausgestattete Säle gesellt haben.

+ [Die Submissions-Bedingungen] zur Lieferung von Bictualien und Cerealien für die lgl. Strafanstalt zu Bries für die Zeit vom 1. April 1879 bis 1. April 1880 liegen bis zum 3. März d. J. im Conferenzzimmer des hiesigen Polizei-Präsidentums aus und können dieselben von Lie